



»In Good we trust« steht auf dem US-Dollar. »Im Namen Gottes, des Barmherzigen und Gnädigen«, beginnen die Reden iranischer Politiker, Israel versteht sich als Gottes auserwähltes Volk. Die Friedensbotschaft der Religion wird im aktuellen Konflikt beiseite geschoben, eher befeuert das jeweilige religiöse Sendungsbewusstsein die Bereitschaft zu Gewalt, offen in den Drohungen Israels und der USA, verdeckt in der militärischer Unterstützung der Regierung in Syrien und der Hisbollah. Macht- und materielle Interessen überlagern die Gebote zur Wahrhaftigkeit.

## Verträge statt Bomben

Vom Ausgang der Gewalt in Syrien wird in erheblichem Maße abhängen, ob es noch vor den US-Wahlen Anfang November zu einem Angriff gegen Iran kommen wird. Wie vor dem Irak-Krieg werden wesentliche Motive nicht offen genannt, sondern hinter dem Motiv »Verhinderung einer iranischen Atombombe« verschleiert. Die Friedensbewegung ist gefordert.

»Atomwaffen werden immer wieder als Kriegsgrund vorgeschoben, daher muss dieser Grund durch verbindliches Völkerrecht beseitigt werden«, mahnt Xanthe Hall, IPPNW. »Es ist unbedingt notwendig, dass Israel und Iran an einen Tisch kommen, um über Atomwaffen zu reden«, betont Regina Hagen, Wissenschaft & Frieden. »Iran zu bombardieren wird seine Führung erst recht provozieren, Atomwaffen zu bauen. Besser wäre es, sich auf einen Prozess zu einigen, der Atomwaffen für Iran und Israel gleichermaßen verbietet. Deutschland muss dieses Ziel in den Vordergrund seiner diplomatischen Bemühungen rücken.« Die Kampagne **atomwaffenfrei.jetzt** hat daher zum Antikriegstag eine E-Mail/Fax-Aktion an den Außenminister gestartet: [www.atomwaffenfrei.de/aktiv-werden.html](http://www.atomwaffenfrei.de/aktiv-werden.html)

### REGIMEWECHEL

Clemens Ronnefeld, Referent für Friedensfragen des Internationalen Versöhnungsbundes, erläutert die Hintergründe des Konflikts mit dem Iran:

»Zu den Motiven zählen unter anderem angesichts zugespitzter Ressourcenkonflikte Langzeitverträge zwischen Iran und China sowie zwischen Iran und Indien über die Lieferung von Öl und Gas für die nächsten Jahrzehnte. Nach einem gewaltsamen Regimewechsel im Iran mittels Krieg könnten diese Verträge gekündigt werden, Öl und Gas könnten statt nach Osten dann nach Westen abtransportiert werden.«

Für die Energieversorgung Westeuropas ist eines der zentralen Projekte die 3.300 Kilometer lange NABUCCO-PIPELINE, die über die Türkei aus dem zentralasiatischen Raum Erdgas transportieren soll(te). Die Planung dieses Milliardenprojektes steht aktuell vor dem Scheitern, weil u. a. ohne die Zusage der Einspeisung von iranischem Gas - Teheran verfügt über die zweitgrößten Erdgasreserven der Erde - das Projekt NABUCCO wenig Sinn macht. Ein weiterer Grund für das vermutliche Scheitern sind die sehr hohen Kosten des Projektes, das Westeuropa vom russischen Gas unabhängiger hätte machen sollen.

### ABLENKEN

Ronnefeld fragt sich, warum Israel mit Krieg droht. Geht es nur darum, den Westen zu schärferen Sanktionen zu bewegen, wie manche Kommentatoren behaupten? Oder um Ablenkung? Die israelische Regierung konnte seit Herbst letzten Jahres mit dem Hinweis auf die Gefahr einer iranischen Atombombe von den Themen »Soziale Konflikte in Israel« sowie »Gründung des Staates Palästina« im Zuge einer Lösung des Nahostkonfliktes ablenken. Durch die Einstellung der Erdgaslieferungen aus Ägypten, die rund 40 Prozent des Verbrauches in Israel ausmachten, islamistische Anschläge auf dem Sinai sowie die Gefahren, die sich aus einer weiteren Eskalation in Syrien noch ergeben könnten, steht die israelische Regierung vor großen Herausforderungen.

[weiter auf Seite 9 →](#)

## IN DIESEM HEFT



**Frei und doch nicht frei**  
Solidaritätsbriefe zeigten Wirkung - über die Situation im Sudan: **Seite 2**



**Feiger Krieger**  
Der Friedensnobelpreisträger lässt aus der Ferne töten: **Seite 3**



**Friedensfasten**  
Gewaltfreie Aktion gegen die letzten Atomwaffen in Deutschland: **Seite 4**



**Im Blick**  
Die Bombe und die Bundtagswahl: Aufruf zur Einmischung in den Wahlkampf: **Seite 5 - 8**



**Unterwegs für den Frieden**  
Jugendliche aus aller Welt kommen in die Pressehütte und reisen zu Aktionen nach Aalen und Oberndorf: **Seite 10-11**

Liebe Friedensfreundinnen  
und -freunde,

Medien haben ihre eigenen Gesetze. Nicht, als die NATO in Chicago tagte, nicht, weil wir eine Radtour vorbei an den Atomwaffenstandorten nach Brüssel zum NATO-Hauptquartier machten, sondern am Ende des Sommerlochs wurde das Thema Atomwaffen und die bisherige Erfolglosigkeit der Bundesregierung, den Abzug durchzusetzen, Thema der großen Zeitungen. Die Informationen, die Sie als FreiRaumleser schon hatten, erreichten im Vorwahlkampf die bürgerlichen Medien. Das müssen wir nutzen.

In dieser Ausgabe finden Sie weitere Informationen, die wichtig sind, um in der aktuellen Phase der Kampagne atomwaffenfrei.jetzt: »Flagge zeigen« sich mit gutem Hintergrundwissen über die bisherigen Positionen der Parteien und die aktuellsten Informationen zur Modernisierung der Atomwaffen an Parteien und Bundestagsabgeordnete zu wenden und sich damit aktiv in den Wahlkampf einzumischen. Dass die Positionen über den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zwischen Kanzleramt, Verteidigungsministerium und Außenministerium unterschiedlich sind, hemmt zwar die Durchsetzungsfähigkeit für die Abzugsforderung, aber die Uneinigkeit kann auch als Zeichen des Wandels interpretiert werden, wie Martin Arnold in seinem Leserbrief mit Blick auf die NATO schreibt.

Wir blicken auch in die weite Welt, den schrecklichen Einsatz von Drohnen in Afrika und Asien, die unverhohlene Kriegsdrohung gegen den Iran und eine erfreuliche Entwicklung im Sudan.

Schließlich kamen junge Menschen aus aller Welt nach Mutlangen. Wir berichten über das internationale Workcamp.

Ich wünsche spannende Lektüre und Energie für den Einsatz für eine friedlichere Welt.

Herzliche Grüße



Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh) ●



Demonstration in Wad Nubawi, Omdurman, Sudan, im Juni 2012

## Freigelassen – und doch noch nicht frei

SUDANESISCHE MENSCHENRECHTLERINNEN FÜGEN DIE SCHERBEN WIEDER ZUSAMMEN

**Mai Shutta, Bakry AlAjami, Faisal Shabu und wohl die meisten derer, die im Zuge der Proteste im Nordsudan im Juni/Juli verhaftet worden waren, wurden kurz vor den Eid-Feierlichkeiten am 19. August aus der Haft entlassen. Für den Dank für die Beteiligung an der Briefaktion von Frontline Defenders, die dem letzten FreiRaum beilag, lassen wir die MenschenrechtlerInnen selbst zu Wort kommen.**



So schreibt eine Gruppe weiblicher Ex-Gefangener in einer Dankesbotschaft: »Die Unterstützung und die Solidaritätskampagne inner- und außerhalb des Sudan haben das Regime gezwungen, die Inhaftierten freizulassen und dazu beigetragen, die Menschenrechtsverletzungen aufzudecken und zu überwachen.«

FAISAL SHABU, der seine Frau vor fast fünf Jahren verlor und während der Haft in großer Sorge um seine drei Kinder war, sagt: »Danke an alle AktivistInnen da draußen, die uns unterstützt haben. Es ist so gut, zurück bei unseren Familien und Kindern zu sein. Und wir hoffen, dass wir auch in Zukunft zusammenarbeiten werden, bis alle Kinder, ob in den Nuba-Bergen, im ganzen Sudan oder der ganzen Welt, sicher sind und es ihnen gut geht.«

Die AktivistInnen versuchen nun gleichzeitig, ihre körperlichen und seelischen Wunden zu heilen, die verlorene Zeit mit ihren Familien aufzuholen, sich wieder in den Alltag einzufinden, sich gegenseitig zu stützen und nächste Schritte zu planen. Dabei werden sie weiterhin auf Schritt und Tritt von Sicherheitskräften überwacht und von Wiederverhaftung bedroht. MAI SHUTTA wurde mehrfach verhört und wurde dabei auch mit einer Waffe bedroht.

Dennoch machten die Gefangenen parallel zu den Freitagsdemos drinnen Hungerstreiks – zum Beispiel um einen ständigen Zugang zur Toilettenbenutzung zu erreichen. Mai sagt: »Ich sah für 42 Tage kein Sonnenlicht. Ich will, dass die Gefängnisse eines Tages Krankenhäuser sein werden.«

Die sudanesishe Gesellschaft scheint nach den jüngsten Ereignissen gespalten in der Beurteilung, ob es sich nur um eine Verschnaufpause handelt, bis die Revolte in eine Revolution übergehen wird, oder ob die Unterdrückungsstrategie und das Durchlavieren der Regierung aufging. Eine Herausforderung für die gewaltfreie Bewegung ist, sich aus den städtischen Zentren heraus mit der Peripherie zu verbünden, ohne die Kraft der Gewaltfreiheit zu kompromittieren – denn dort wird mancherorts, in Darfur, den Nuba-Bergen und Blue Nile State, mit Gewalt gegen die Regierung gekämpft. Die Rebellen haben jedoch angekündigt, im Falle eines Sturzes von Bashir die Waffen ruhen zu lassen. Laut der gewaltfreien Widerstandsbewegung GIRIFNA (»Wir haben es satt«) waren die Proteste ein wichtiger, wenn auch wenig anerkannter Beitrag dazu, eine Einigung im Ölstreit zwischen Sudan und dem seit 2011 unabhängigen Südsudan herbeizuführen, und so einen vollen Kriegsausbruch zwischen beiden Staaten zu verhindern.

Die Frauen, die die Zeit im Gefängnis gemeinsam überstanden haben schreiben: »Der Kampf geht weiter. (...) Die Solidaritätskampagnen haben uns einen starken Schub und Energie gegeben, um unsere Arbeit für Menschenrechte und demokratische Transformation weiterzuführen.« Und so wie der Kampf im oft vergessenen Sudan weitergeht, wird auch unser Augenmerk und unsere Solidarität dorthin in Zukunft weiter nötig sein.

● Julia Kramer

Wer weiterhin informiert bleiben möchte, melde sich gerne: [kramer@act4transformation.net](mailto:kramer@act4transformation.net)



Foto: US-Airforce

Immer mehr kommen unbemannte bewaffnete Drohnen zum Einsatz. Auch die Bundeswehr will die Fähigkeit ferngesteuerten Tötens

## Satelliten – die Augen, Ohren und Gehirne moderner Kriegsführung

**ANGRIFFE VON KILLERDROHNEN SIND ILLEGAL UND KONTRAPRODUKTIV**

**Die Bush-Administration verhaftete und folterte verdächtige Militante, die Obama-Administration ermordet sie. Beide Vorgehensweisen ziehen nicht nur mehr Hass auf die USA nach sich, sondern sie sind auch illegal.**

JO BECKER und SCOTT SHANE berichteten in der NEW YORK TIMES, dass Obama eine »Abschussliste« führt. Nach Beratung mit seinem Anti-Terror-Berater JOHN O. BRENNAN entscheidet Obama persönlich, Individuen exekutieren zu lassen. Brennan wurde während der Bush-Administration eng in Verbindung gebracht mit Folter und Geheimgefängnissen. Obama vermeidet die Komplikationen von Verhaftung, indem er im Endeffekt entschied, keine lebendigen Gefangenen zu nehmen. Während eine große Zahl an Verdächtigen getötet wurden, wurde nur einer in US-Gewahrsam genommen, weil Obama keine neuen Gefangenen nach Guantanamo bringen will.

Am 15. Juni gab Obama zum ersten Mal öffentlich zu, dass seine Administration in Somalia und Yemen in »direkte Aktion« tritt, obwohl die USA mit keinem dieser Länder im Krieg ist.

Seit 2004 wurden ca. 300 Drohnenangriffe auf Pakistan durchgeführt. Es wird davon ausgegangen, dass zwanzig Prozent der daraus resultierenden Toten Zivilisten waren. Die pakistanische Menschenrechtskommission sagt, dass US-Drohnenangriffe 2010 für mindestens 957 Tote in Pakistan verantwortlich waren.

Laut Times hat Obama einen kreativen Weg entwickelt, um zivile Opfer zu zählen. Bei allen Männern im wehrfähigen Alter, die in einer Drohnen-Angriffszone getötet werden, wird davon ausgegangen, dass sie Kombattanten sind, »außer dass explizite Informationen posthum ihre Unschuld beweisen«. Als Resultat berichtete Brennan letztes Jahr, dass nicht ein Zivilist in einem Angriffsjahr getötet wurde.

Die Administration rechtfertigt Drohnenangriffe mit dem Verweis auf die Autorisierung militärischer Gewalt durch den Kongress kurz nach den Angriffen des 11. September. Darin autorisierte der Kongress Gewalt gegen Gruppen und Länder, die die Terrorangriffe unterstützt hatten. Aber der Kongress wies den Antrag der Bush-Administration für eine militärische Autorisierung mit offenem Ende ab.

Drohnenangriffe verletzen gängige Prinzipien internationalen Rechts. Gezielte Tötung ist definiert als der »vorsätzliche, geplante und durchdachte Gebrauch tödlicher Gewalt... gegen ein spezifisches Individuum...«, laut PHILIP ALSTON, dem ehemaligen Sonderbeauftragten zu außergerichtlichen oder willkürlichen Hinrichtungen. Außergerichtliche Mordanschläge – manchmal außergerichtliche Hinrichtungen genannt – kollidieren mit der Genfer Konvention. Schwere Brüche der Genfer Konvention können unter dem US-Kriegsverbrechergesetz als Kriegsverbrechen geahndet werden.

**Es ist an der Zeit, diese gefährliche und illegale Praxis zu stoppen.**

● Marjorie Cohn & Jeanne Mirer

Übersetzung und Zusammenfassung ● Julia Kramer

*Marjorie Cohn ist Professorin an der Thomas Jefferson School of Law, stellvertretende Generalsekretärin für externe Kommunikation der International Association of Democratic Lawyers und US-Repräsentantin bei der American Association of Jurists.*

*Jeanne Mirer praktiziert Arbeitsrecht in New York und ist Präsidentin der International Association of Democratic Lawyers.*

### U-Boot-Lieferungen nach Israel

Bernhard Völk hat zu den U-Boot-Lieferungen nach Israel eine ganze Reihe von Anfragen gestellt. Wir dokumentieren zwei Antworten:

Sehr geehrter Herr Völk,  
Zu diesem Thema kann ich Ihnen mitteilen, dass die Entscheidung über die Lieferung eines weiteren U-Bootes an Israel unter Kostenbeteiligung durch die Bundesregierung auf eine Übereinkunft zurückgeht, die bereits von der Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder 2005 getroffen wurde. (...)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel mehrfach bekräftigt. In ihrer Rede vor der israelischen Knesset im Jahr 2008 hat sie unterstrichen, dass jede deutsche Bundesregierung der Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet ist.

Die Entscheidung über die Lieferung eines U-Bootes an Israel folgt diesem Grundsatz. (...)

Mit freundlichen Grüßen  
i.A. Jörg Hanselmann  
Feldweibel, Streitkräfteamt

Sehr geehrter Herr Völk,  
Sie haben recht, dass die Lieferungen von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete gegen die Richtlinien der Bundesregierung verstoßen. Lieferungen nach Israel sind davon unserer Auffassung nach unter bestimmten Auflagen nicht betroffen. Es gehört zum Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland, dass wir dem Staate Israel gegenüber besondere Verpflichtungen haben. Durch unsere Geschichte stehen wir bei der Sicherung des Existenzrechts Israels in besonderer Verantwortung. Dieses Existenzrecht wird von den meisten unmittelbaren Nachbarn des Staates Israels nicht anerkannt. Viele Staaten, darunter der Iran, bedrohen das Land auch ganz offen.

Die Lieferung von U-Booten zur Abschreckung halte ich daher für verantwortbar. Die U-Boote werden unbewaffnet ausgeliefert. Daher verstößt der Export auch nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Rainer Arnold  
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Ich freue mich, dass es den FreiRaum gibt: mit ausführlichen Berichten und Kommentaren zu Rück- und Fortschritten zu einer Welt ohne Atom- und Uranwaffen bei friedlicher Nutzung des Weltraums! Auf der Titelseite der letzten Ausgabe beginnt der Artikel: »Was macht die NATO? Smart Defense oder unsinnige Kriegsführung« mit dem Satz: »Auf dem NATO-Gipfel in Chicago zeigte sich das Grundübel der Allianz: ihre Uneinigkeit.«

Hier bin ich anderer Meinung: Nach jahrzehntelanger Einigkeit über Atomwaffen ist es kein Übel, sondern ein Fortschritt, dass sich die NATO-Staaten nicht mehr über sie einig sind. Zum starken, (gewaltfrei-)gütekraftigen Vorgehen gehört die Erfahrung, dass im Lager derer, die für einen politischen Missstand hauptverantwortlich sind, vor dem endgültigen Durchbruch Uneinigkeit entsteht. Es zeigt: die Bereitschaft, den Missstand aufrecht zu erhalten, sinkt. So weit ist es immerhin: Vom US-Präsidenten, von der Berliner Koalition, vom Bundestag und vom deutschen und weiteren NATO-Außenministerien wird eine Welt ohne Atomwaffen ausdrücklich befürwortet! Am meisten bremsen wohl zurzeit Frankreich und England. Lasst uns hiergegen international auch mit engagierten RegierungspolitikerInnen und Parlamentariern enger zusammenarbeiten – entsprechend Gandhis Rat, auch die kleinsten positiven Ansätze bei den anderen Beteiligten wichtig zu nehmen, zu würdigen und für die Weiterarbeit zu nutzen. Fragen wir sie, welche Aktivitäten von uns sie für nützlich halten, überlegen wir Aktionsvorschläge mit ihnen zusammen! Könnte Zusammenarbeit z. B. bei der »Münchener Sicherheitskonferenz 2013« möglich sein? Wir können anregen, dass sie Atomwaffen thematisiert, mit IALANA-Geschäftsführer Rainer Braun auf dem Podium und Barack Obama (wiedergewählt oder nicht) als Hauptredner – vielleicht besteht dazu die Chance, solange Westerwelle noch Außenminister und Ischinger MSK-Chef ist – mit dem Ziel, französische und britische und weitere Atompolitiker ins Gespräch zu ziehen.

*Salaam! Schalom!  
Dr. Martin Arnold (Essen)*



**VOR DEM TOR DES ATOMWAFFENSTANDORTS BÜCHEL**

## Sechs Tage Fasten für eine Welt ohne Atomwaffen

**Der Vorsitzende des Versöhnungsbundes Matthias Engelke hat mit einer Unterstützergruppe sechs Tage in einem kleinen Lager in der Nähe des Haupttors zum Fliegerhorst Büchel gefastet.**

2010 gab es zum ersten Mal eine öffentliche Fastenaktion in Büchel. Damals dauerte sie vier Tage. Matthias Engelke erklärt: »Solange die Atomwaffen noch hier sind, wird Jahr für Jahr einen Tag länger gefastet.« In diesem Jahr begann die Aktion sechs Tage vor dem 9. August. Die Gedenktage von Hiroshima und Nagasaki liegen also immer innerhalb der Fastenaktion. Für Matthias Engelke ist es ein Bußfasten: »Denn ich stelle mich der eigenen Schuld und dem eigenen Versagen, trotz aller Bemühungen und Anstrengungen doch nicht genug getan zu haben, die Welt von der Geißel des Krieges und der Atomwaffen zu befreien.« Außerdem will er auf das Unrecht hinweisen, dass nach wie vor deutsche Piloten hier den Einsatz von Nuklearwaffen üben und fragt: »Wieso lassen wir das zu und wie erreiche ich das Gewissen der Soldaten?«

Andachten standen am Beginn und am Ende jeden Protesttages, doch auch viele Gespräche wurden geführt. Untereinander, aber auch mit Menschen, die vorbeikommen. Viele fuhrten aber auch mit dem Auto an der Gruppe vorbei und machten abfällige Bemerkungen oder Gesten.

**9. August 2012, 6.00 Uhr:** Sitze vor dem Zelt und genieße meinen Extra-Trunk, eine Elektrolyt-Glucose Mischung, die mir mein Arzt für die Fastenzeit empfohlen hatte. Gestern noch war ich dankbar für die regenfreie Zeit beim Verteilen. Jetzt, kurz davor, setzt Regen ein. Na fein! Krame meinen Regenumhang aus dem Zelt heraus und will mich langsam auf den Weg machen – da hört der Regen auf. Nebelig ist's.

**6.11 Uhr:** Fange an zu verteilen. Bernd stellt die Banner und Transparente auf. Werner stellt sich in die Einfahrt zum Atomwaffenlager. Nach wenigen Autos schon hält der erste, es sitzen zwei drin. Zivile Mitarbeiter?

»Das gehört auch schon immer dazu«, erzählt Pfarrer Engelke. Im vorigen Jahr meinte einer der Passanten, fast alle im Kreis seien für die Atomwaffen. Die Friedensbewegung lud daher in diesem Jahr diese Befürworter zu einem Gespräch ein, doch: »Leider kam niemand, der offen für Atomwaffen Stellung bezog«, bedauert Engelke.

»Rede an stumme Fische« Die Fastenden hielten in Cochem auf der Moselbrücke in Anlehnung an Franz von Assisi eine »Rede an die stummen Fische«. Darin priesen sie Gott für die Fische, die es, anders als die Menschen, nicht geschafft haben, etwas zu entwickeln, was die ganze Fischheit bedroht. Und sie mahnten die Menschen, weil die Fische durch das menschliche Handeln bedroht sind. »Ihr seid menschlicher als wir, ihr stummen Fische«, so die Teilnehmer in ihrer Rede.

### FASTENAKTION ENDET MIT ANDACHT

Mit einer Andacht zur Zeit des Atombombenabwurfs auf Nagasaki ging am 9. August die Fastenaktion zu Ende. Die Teilnehmer zeigten sich auch beeindruckt von Gesprächen mit Soldaten: »Anders als früher gab es nur noch wenige abfällige Reaktionen, eher Verständnis«, so Engelke. »Es hat sich was verändert«, freute er sich. Auch im nächsten Jahr will er wieder in Büchel fasten.

*Zusammengefasst aus Berichten  
von Dieter Junker in der Rhein-Zeitung*

Ziemlich pünktlich um **6.17 Uhr** kommt der erste große Schwung Autos. Eine Stunde später habe ich von meinen ca. 8 Karten nur noch eine übrig. Ein Soldat fährt vor, begrüßt uns – Beate war inzwischen auch gekommen – und nimmt gern den Gruß entgegen. »Jeden Morgen?!«, meine ich. »Ja, ich mag Schokolade, und ich mag die Karte.« Er war der letzte, der etwas angenommen hat. Wenig später haben wir Schluss.

*Matthias Engelke schrieb über seine  
Fastenerfahrungen im Büchelblog unter  
<http://ku-rz.de/220q>*

## Flagge zeigen: Abzug Verbot ~~Modernisierung~~

Der Wahlkampf beginnt. Die bei Büchel gelagerten letzten Atomwaffen in Deutschland sorgten im September für Schlagzeilen und politische Diskussionen. Die Kampagne »atomwaffenfrei.

jetzt« will erreichen, dass die Politiker und Parteien Flagge zeigen für eine atomwaffenfreie Welt, für den Abzug und die Verschrottung der Atomwaffen statt deren Lebenszeitverlängerung.



Abgeordnete aus allen Fraktionen stehen hinter den Kampagnenforderungen, Frühstücksgespräch im Bundestag März 2012

Gernot Erler (SPD), einst Staatssekretär im Auswärtigen Amt, kritisiert den heutigen Außenminister Westerwelle (FDP). Mit den Beschlüssen des Nato-Gipfels von Chicago im Mai habe sich Westerwelles Ankündigung, die Waffen sollten aus Deutschland verschwinden, als »Luftnummer« erwiesen. Wie die »Berliner Zeitung« berichtet, habe sich die Bundesregierung damit einverstanden erklärt, dass die amerikanischen Nuklearwaffen im Land bleiben und auch modernisiert werden. Das Verteidigungsministerium wolle 250 Millionen Euro ausgeben, um die Tornado-Kampfflugzeuge, von denen die US-Atombomben im Kriegsfall abgeworfen werden sollten, noch bis zum Jahr 2024 einsatzfähig zu halten.

Die Frage des Abzugs der Atomwaffen aus der Eifel war in der Bundesregierung immer umstritten. Hinweise dazu finden sich in Wiki Leaks. Das Bundeskanzleramt hat sich offenbar gegenüber hochrangigen US-Diplomaten gegen einen Abzug der noch in Deutschland stationierten Atomwaffen ausgesprochen.

Ministerialdirektor Dr. Christoph Heusgen, Chef der für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Abteilung 2, habe im November 2009 erklärt, ein Abzug der 20 taktischen Atomwaffen aus Deutschland mache »keinen Sinn«, solange Russland noch Tausende davon besitze. Zum schwarz-gelben Koalitionsvertrag erklärte Heusgen, die Abzugsforderung sei nur auf Druck von Außenminister Guido Westerwelle in das Papier aufgenommen worden.

Regina Hagen, Sprecherin der Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt« stellt fest, dass der Bundestag im März 2010 die Bundesregierung einstimmig aufforderte, sich neben dem Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden für eine Atomwaffenkonvention stark zu machen: »Daran sollten wir die deutschen PolitikerInnen im bevorstehenden Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 erinnern. Vor den NATO-Partnern kuschen, wie das Kanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle in Chicago getan haben, muss mit dem Wahlzettel bestraft werden.«

**Die deutsche Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt« will dafür Sorge tragen, dass die Kampagnenforderungen in die Wahlprogramme der Parteien aufgenommen und von den KandidatInnen für Bundestag und Kanzlerschaft unterstützt werden. Sie lauten:**

- Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen – weltweit.
- Keine Modernisierung von Atomwaffen.
- Abzug der Atomwaffen aus Deutschland.

In Gesprächen und durch Aktionen sollen die PolitikerInnen aufgefordert werden, »Flagge zu zeigen.«

[wsh]



Foto: Wikipedia

# Was sagen Parteien und Bundesregierung zu Atomwaffen?

Anlässlich der kommenden Bundestagswahl 2013 blicken wir auf die Haltung der im Bundestag vertretenen Parteien zu Atomwaffen und betrachten deren Wahlprogramme zur letzten Bundestagswahl. Wir wollen, dass die Kampagnenforderungen in den Wahlprogrammen für die Wahl 2013 und in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung verankert werden. Deswegen dokumentieren wir den Inhalt des Koalitionsvertrages und stellen Schritte der Parteien während der laufenden Regierungsperiode dar, die den Umgang mit Atomwaffen betreffen.

## WAHLPROGRAMME VON 2009



»Ohne eine entschlossene Initiative für nukleare Abrüstung wird die Welt künftig ein sehr gefährlicher Ort sein mit 20 bis 30 Atomwaffenstaaten. [...] Wir wollen, dass die in Deutschland und Europa verbliebenen Atomwaffen endlich abgezogen werden und die nukleare Teilhabe beendet wird. Unser Ziel ist die Entnuklearisierung der NATO-Strategie. Gerade die Atomwaffenstaaten müssen allen Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und den vereinbarten Schritten zur nuklearen Abrüstung nachkommen. [...] Wir drängen auf den Abschluss einer Konvention zum Verbot aller Nuklearwaffen. Unsere Vision ist und bleibt eine Welt ohne Atomwaffen.«

Zwei Ziele der Kampagne sind explizit im Programm enthalten:

Abzug +                      Verbot +

## DIE LINKE.

»DIE LINKE fordert: NATO-Doktrin präventiver Kriege und des Einsatzes von Atomwaffen beenden; aktive Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt unternehmen; alle militärischen Stützpunkte ausländischer Armeen in Deutschland schließen und alle Atomwaffen vernichten lassen.«

Das Programm ist eindeutig und direkt formuliert. Wie die atomwaffenfreie Welt erreicht werden soll wird nicht ausgeführt.

Abzug +                      Verbot -



»Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir plädieren für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung. Wir wollen, dass alle substrategischen Nuklearwaffen aus Europa vollständig abgezogen werden. Das gilt auch für die noch in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen. Sie sind ein Relikt des Kalten Krieges und heute militärisch obsolet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies im Rahmen der geplanten amerikanisch-russischen Abrüstungsgespräche thematisiert wird.«

Der Abzug soll verhandelt werden. Die Nuklearwaffenkonvention wird nicht erwähnt.

Abzug +                      Verbot -



»Als Land, das rechtsverbindlich auf Massenvernichtungswaffen verzichtet hat, sollte sich Deutschland wieder an die Spitze jener Staaten stellen, die konsequent für eine glaubhafte Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle eintreten. Die FDP setzt sich deshalb ein für die Wiederbelebung des Nichtverbreitungsvertrages einschließlich des Zieles einer vollständigen nuklearen Abrüstung [...] und den Abzug der verbliebenen amerikanischen Nuklearwaffen in Deutschland.«

Der Abzug wird eindeutig gefordert. Die Nuklearwaffenkonvention nicht erwähnt.

Abzug +                      Verbot -



»Wir verfolgen weiterhin konsequent das Ziel, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu erschweren und eine Weitergabe an Terroristen zu verhindern, ist und bleibt Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik. Jede faire und der internationalen Sicherheit dienende Initiative, Nuklearwaffen zu reduzieren und die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen, werden wir unterstützen.« Das Programm macht keine konkreten Aussagen.

Abzug -                      Verbot -

## KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN CDU, CSU UND FDP

In der 17. Legislaturperiode wollen die Koalitionsparteien die von US-Präsident Obama unterbreiteten Vorschläge für weitgehende neue Abrüstungsinitiativen – einschließlich des Zieles einer nuklearwaffenfreien Welt – unterstützen. Abrüstung und Rüstungskontrolle verstünden sie nicht als einen Verlust an Sicherheit, sondern als zentralen Baustein einer globalen Sicherheitsarchitektur der Zukunft. Sie seien der Ansicht, dass es zu verhindern gelte, dass neue Nuklearmächte entstünden, neue nukleare Rüstungswettläufe ausgelöst oder die Technologie zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen in die Hände von Terroristen geraten würden. Sie seien davon überzeugt, dass Nachfolgeabkommen zu auslaufenden Verträgen ausgehandelt werden müssten und die bislang ausgebliebene Ratifizierung des Atomteststoppvertrages nachzuholen sei.

In Zusammenhang mit der Überprüfungs-konferenz des Nuklearwaffensperrvertrags sowie im Zuge der Ausarbeitung eines strategischen Konzeptes der NATO »werden wir uns im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden.«

Der Koalitionsvertrag verpflichtet die Bundesregierung eindeutig zu Initiativen für den Abzug im Rahmen der NATO.

Abzug + Verbot -

## BUNDESTAGSBESCHLUSS 2010

Der Bundestagsbeschluss von 2010 war eine Initiative der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen unter dem Titel: »Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen. [...] Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages.« Der Deutsche Bundestag begrüßte die Absicht der Bundesregierung, »neue Abrüstungsabkommen international zu unterstützen [und sich] dafür einzusetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden.«

Der Deutsche Bundestag forderte die Bundesregierung auf, weiterhin mit großem Engagement für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten und die Rolle der Nuklearwaffen in der NATO-Strategie zurückzuführen. Außerdem wurde sie aufgefordert, sich an der Diskussion »für eine vollständige nukleare Abrüstung zu beteiligen, wie beispielsweise an der Global-Zero-Initiative oder der Diskussion über den Vorschlag für eine Nuklearwaffenkonvention zur Ächtung der Atomwaffen.«

In Hinblick auf die Konfliktregionen im Nahen und Mittleren Osten, in Nordkorea und in Südasien wurde von der Bundesregierung gefordert, sich für Gespräche über nukleare Abrüstung einzusetzen.

Erstmals gibt es einen breiten fraktionsübergreifenden Antrag zum Thema Abzug der Atomwaffen. Er erwähnt auch die Nuklearwaffenkonvention, ohne den Verhandlungsbeginn zu fordern.

Abzug + Verbot (+)

## ANTWORT DER REGIERUNG AUF DIE GROSSE ANFRAGE DER SPD

Mit der großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion vom 28. September 2011 sollte thematisiert werden, wie die Nuklearwaffenkonvention vorangetrieben und der Nichtverbreitungsvertrag universalisiert werden können. Der Entschließungsantrag »Deutsche nukleare Abrüstungspolitik weiterentwickeln – Deutschlands Rolle in der Nichtverbreitung stärken und weiterentwickeln« (Drs. 17/9438) forderte die Bundesregierung dazu auf, ihren Verpflichtungen in der Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik nachzukommen. Dazu wurden 105 Fragen formuliert.

In ihrer Antwort machte die Bundesregierung deutlich, dass sie das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt unterstütze und sich auf vielfältige Weise in internationalen Foren für dieses Ziel einsetze. Dazu gehöre »der Einsatz der Bundesregierung, die Einbeziehung der bisher keinerlei rüstungskontrollpolitischen Regelungen unterliegenden substrategischen Nuklearwaffen in den weiteren Abrüstungsprozess auf die internationale Tagesordnung zu setzen und damit die Voraussetzungen für den von der Bundesregierung angestrebten Abzug der noch in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen zu schaffen.«

Sie beteilige sich, wie vom Deutschen Bundestag in der Anfrage gefordert, »aktiv an der Diskussion über die verschiedenen, auch zivilgesellschaftlichen Ansätze zur vollständigen nuklearen Abrüstung«. Die Bundesregierung verfolge die Diskussion um eine Nuklearwaffenkonvention aufmerksam und stehe in einem engen Dialog mit ihren internationalen Partnern und Vertretern der Zivilgesellschaft zu möglichen Wegen, Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung zu erreichen.

Die Bundesregierung »ist sich mit den Befürwortern einer Nuklearwaffenkonvention hinsichtlich des Ziels völlig einig, hält die Forderung nach einem sofortigen Beginn von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch für nicht realistisch«. Die Voraussetzungen für die Aufnahme derartiger Verhandlungen werden nach Auffassung der Bundesregierung auf absehbare Zeit nicht erfüllt sein.

Die Bundesregierung erklärt, sie sei für den Abzug aktiv, die Nuklearwaffenkonvention wird noch als utopisches Ziel bezeichnet.

Abzug + Verbot (-)

Die vollständigen Antworten finden Sie im Internet unter: <http://bit.ly/PG10U9>

## EIN BLICK IN DIE INTERNATIONALEN GREMIEN

Wenn man die Schritte der Bundesregierung zum Thema Atomwaffen bewerten will, ist es nötig, sich die internationalen Treffen und die dort verwendeten Strategien vor Augen zu führen.

Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon 2010 hatte die Bundesregierung durchsetzen können, dass sich die NATO in ihrem neuen Strategiekonzept zum Ziel bekennt, die Bedingungen für eine Welt ohne Nuklearwaffen zu schaffen. Auf dem NATO-Gipfel 2012 in Chicago wurde erneut die Frage nach der Beendigung der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO angesprochen, jedoch ohne dass eine Einigung erzielt werden konnte. Die Vorhaben und Versprechungen, die unter anderem im Koalitionsvertrag stehen, konnten nur teilweise und unter Händerrücken in die NATO eingebracht werden, sodass Deutschland zugunsten anderer Punkte im Wunsch nach atomarer Abrüstung zurücksteckte. Außenminister Westerwelle hatte 2010 bei einer Rede im Bundestag dennoch bestärkt, dass »eine reduzierte Rolle von Nuklearwaffen zu Recht Teil der Strategie [ist], die wir als Bundesregierung unterstützen wollen«.

Bei einem Treffen einer Gruppe von Außenministern, bekannt als die »NPT-Freundesgruppe«, am 30. April 2011 in Berlin hatte Westerwelle erwähnt, »weniger nukleare Waffen auf der Welt bedeuten eine höhere Sicherheit. Je kleiner das Risiko der unbemerkten Vermehrung von nuklearen Waffen, desto höher der Gewinn für die internationale Sicherheit«. Im Juni dieses Jahres sprachen sich neben Westerwelle mehrere Außenminister im Rahmen der NPDI, der Nichtverbreitungs- und Abrüstungsinitiative, in Istanbul dafür aus, die Einführung von international anerkannten nuklearwaffenfreien Zonen zu unterstützen und dazu zu ermutigen.

Auf der Regierungspressekonferenz vom 5. September 2012 wurde aber deutlich, dass niemand in der Bundesregierung – auch nicht der Bundesaußenminister – diese Aufgaben als leicht betrachtet hat. Im Gegenteil. Von Regierungsseite hieß es: »Abrüstung und Rüstungskontrolle ist das geduldige Bohren von ganz dicken Brettern. Das tut die Bundesregierung. Bei diesem Bohren von ganz dicken Brettern ist die Bundesregierung in den letzten Jahren ihrem Ziel in der Nato ein gutes Stück nähergekommen«.

Annette Behnk

(Studentin European-Studies)

machte ein Praktikum bei den Mayors for Peace in Hannover im Büro für Internationale Beziehungen

# Sich weiter informieren

Das Thema Modernisierung – Lebenszeitverlängerung war bei der letzten Bundestagswahl noch nicht im Blickpunkt. Jetzt ist es hoch aktuell. Weitere Informationen finden Sie in:



BITS Research Report 12.1  
Juni 2012  
Studie in Kooperation zwischen dem  
Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit  
und der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt!“



Atomwaffen-Modernisierung in Europa  
Das Projekt B61-12  
Otfried Nassauer & Gerhard Piper



Abzug statt Modernisierung - atomwaffenfrei.jetzt

Die Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt!“ wendet sich gegen einen weiteren Ausbau der US-Atomwaffen in Deutschland. Die Bundestagung hat bereits im Koalitionsvertrag 2009 erklärt, sich für den Abzug dieser Waffen des Kaltes im Jahr 2015 zu verpflichten. Auch die Bundestag beschloss diese Ziel in einem überparteilichen Beschluss vom 20. März 2010. Diese Entscheidungen müssen nach wie vor umgesetzt werden.

Sich in der nächsten Legislaturperiode mit Nachdruck für eine verbindliche Ächtung aller Atomwaffen setzen und umsetzen werden. Als erster Schritt muss der sofortige Abzug der Atomwaffen aus Deutschland umgesetzt werden. Bisher Vorhaben sollen im Koalitionsvertrag festgeschrieben werden.

Darüber hinaus fordert „atomwaffenfrei.jetzt!“ die Bundesregierung für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur nach für eine Modernisierung der Trägerraketen für Atomwaffen in Deutschland genehmigt und ausgeführt werden.

Wir brauchen jetzt deutsche Fortschritte in Richtung einer atomwaffenfreien Welt. Die Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt!“ fordert alle politische Parteien auf, noch vor der Bundstagswahl in ihren Wahlprogrammen zu erklären, dass die Fortschritte in Richtung einer atomwaffenfreien Welt.

Atomwaffen-Modernisierung in Europa

## BITS-Studie »Das Projekt B61-12: Atomwaffen Modernisierung in Europa«

Die Studie des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit und der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt!“ vom Juni 2012 kann für 5 Euro in der IPPNW-Geschäftsstelle oder im IPPNW-Shop bestellt werden. Die Studie hat einen Umfang von 60 Seiten und entstand mit Unterstützung von DFG/VK, Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen, IPPNW, OLR, pax christi und dem Verein der Linken im Bundestag.

## Wir sagen den Parteien und Abgeordneten, dass wir

- ein weltweites Verbot aller Atomwaffen wollen
- die Atomwaffen jetzt abgerüstet werden sollen und nicht ihre Lebenszeit verlängert wird
- die Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden sollen und Deutschland atomwaffenfrei wird, als Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt.

## IPPNW Aktuell »Abzug statt Modernisierung – atomwaffenfrei.jetzt«

Eine vierseitige Zusammenfassung der BITS-Studie. Sie kann ebenfalls gegen Kostenbeteiligung bei der IPPNW oder in der Pressehütte bestellt werden.

**Mit diesen Informationen sind sie gut vorbereitet, um aktiv zu werden.**

# Kontakt Daten der Parteien

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bundesgeschäftsstelle  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
10115 Berlin  
Telefon 030 - 28442-0  
Fax 030 - 28442-210  
Mail info@gruene.de

## DIE LINKE

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon 030 - 24 009-0  
Mail parteivorstand@die-linke.de

## SPD

SPD-Partei Vorstand  
Wilhelmstraße 141  
10963 Berlin  
Telefon 030 - 25991 - 300  
Fax 030 - 25991 - 507  
Mail parteivorstand@spd.de

## CDU

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin  
Telefon 030 - 220 70-0  
Fax 030 - 220 70-111  
Mail info@cdu.de

## CSU

CSU-Landesleitung  
Nymphenburger Str. 64  
80335 München  
Telefon: 089 - 1243-0  
Fax 089 - 1243-299  
Mail info@csu-bayern.de

## FDP

Bundesgeschäftsstelle  
Reinhardtstraße 14  
10117 Berlin  
Telefon 030 - 284 95 80  
Fax 030 - 28 49 58 22  
Mail fdp-point@fdp.de

# Aktiv werden

## Schreiben Sie die eine oder andere Partei an

und bestärken sie diese, die Kampagnenziele von atomwaffenfrei.jetzt in ihr Wahlprogramm aufzunehmen. Denken Sie auch an Parteien, die noch nicht im Bundestag waren.

## Telefonieren Sie mit Bundestagsabgeordneten

Der FreiRaum bietet Ihnen auch die Gelegenheit, den Sprechern der Parteien zu Abrüstungspolitik, Sicherheitspolitik im Rahmen von Telefonkonferenzen telefonisch Fragen zu stellen und Ihre Meinung zu sagen.

Die genauen Termine erfahren Sie auf:

**www.pressehuette.de**  
oder in der Pressehütte über  
**Wolfgang Schlupp-Hauck**  
**Telefon (0 71 71) 7 56 61.**

Nutzen Sie die Internetplattform

**www.abgeordnetenwatch.de**  
um Ihre Bundestagsabgeordneten zu den Kampagnenzielen zu befragen.

## Flagge zeigen

Besuchen Sie Ihren Abgeordneten im Wahlkreisbüro und machen Sie mit ihm ein Foto mit dem Banner oder der Flagge zur Kampagne (zu bestellen über die Pressehütte Mutlangen).



Pressehütte



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch dem Magazin »Versöhnung« beigeheftet. [www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)

## Redaktion

Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage [www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de) oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe.

## Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

## Spendenkonto

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499  
Stichwort: atomwaffenfrei.jetzt  
Bitte vollständige Adresse angeben!



**Hoffnungszeichen:** Die Homepage [www.israellovesiran.com](http://www.israellovesiran.com) baut eine Brücke zwischen den Menschen. Sie wurde von einem in Tel Aviv lebenden, aus dem Iran stammenden Designer entworfen.

### → Fortsetzung von Seite 1

Clemens Ronnefeld verweist auf ein Buch von DR. MICHAEL LÜDERS, dem langjähriger Nahost-Korrespondent der ZEIT: »Iran. Der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt.«

Michael Lüders schreibt: »Spätestens seit dem 25. Januar 2012 konnte jeder, der es wissen wollte, erfahren, dass die Zeichen auf Krieg stehen. An dem Tag veröffentlichte die NEW YORK TIMES eine Innenansicht der israelischen Regierung in Sachen Iran. Aus der Feder von RONEN BERGMAN, dem israelischen SEYMOUR HERSH (US-amerikanischer Starjournalist, Anm. C.R.). Bergman zufolge hatte Verteidigungsminister EHUD BARAK einen israelischen Angriff auf die iranischen Atomanlagen bereits für den 20. Januar angeordnet, wurde aber im letzten Moment von Washington daran gehindert. Darüber sei es zu einer ersten Verstimmung gekommen, und die israelische Regierung habe zu verstehen gegeben, dass sie die USA über eine künftige Offensive erst in Kenntnis setzen werde, nachdem sie bereits angelaufen sei. In Israel, so Bergman, wisse man nur zu gut, dass die USA in dem Fall keine andere Wahl hätten als ihrem Verbündeten militärisch beizustehen. Die israelischen Kampfflugzeuge würden demzufolge den Weg über Jordanien und den Irak nehmen – beide Staaten verfügen über keine Flugabwehr. Bergman beendet seinen Artikel mit dem Resümee, die Frage sei nicht, ob Israel den Iran angreifen werde, sondern wann.« (S. 28ff)

### NEUE ANGRIFFSOPTION

Die israelische Regierung hat einem Artikel in FOREIGN POLICY vom 28. März 2012 zufolge einen Vertrag mit Aserbaidschan abgeschlossen, der die Nutzung eines Militärflughafens in der Nähe von Baku zum Inhalt hat.



*Clemens Ronnefeld meint: »Ich halte dieses Buch für eines der derzeit wichtigsten politischen Bücher überhaupt, weil der Autor in einer äußerst angespannten weltpolitischen Lage Klartext schreibt. Kritik verdient allein der Titel, der den Umkehrschluss nahelegt, es könne auch ‚richtige Kriege‘ geben.«*

**Michael Lüders, »Iran. Der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt«, C.H. Beck-Verlag, München 2012, 175 Seiten, 14,95 €.**

Damit gewinnt die israelische Regierung Handlungsspielraum für ihre Iran-Angriffspläne, da eine Luftbetankung – wie bei Starts von Israel aus – nicht notwendig wäre. Die israelische Regierung wird nach einem Vertrag vom Februar 2012 im Wert von 1,6 Milliarden US-Dollar Aserbaidschan Rüstungsgüter liefern, darunter Drohnen und Flugabwehrraketen, die nach einem israelischen Angriff von Aserbaidschan aus Vergeltungsraketen aus Iran abfangen könnten.

### ZEITFENSTER

Sollten BENJAMIN NETANJAHU und Verteidigungsminister EHUD BARAK einen Krieg in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den US-Wahlen beginnen, wäre BARACK OBAMA gezwungen, aufgrund des Drucks der israelischen Lobby in den USA dem Verbündeten Israel beizustehen und an der Seite Israels in diesen Krieg einzutreten. Eine Verweigerung würde seine Wiederwahlchancen enorm sinken lassen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass der wiedergewählte Barack Obama in den nächsten vier Jahren Israel bei einem Krieg gegen Iran unterstützen würde, tendiert gegen Null. Weil dies auch die israelische Führung weiß, schließt sich langsam das Zeitfenster für einen israelischen Angriff auf Iran, den allein zu führen eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung ablehnt.

Angesichts der aktuellen Kriegsgefahr muss es für die Friedensbewegung heißen: Aufstehen für den Frieden: Kein Krieg gegen Iran! Verträge statt Bomben. Solidarität mit Israel bedeutet, den Menschen beizustehen, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen, den Menschen beizustehen, die unter Gewalt leiden, nicht aber einer Regierung, die einen Angriffskrieg plant.

Nach einer E-Mail von ● Clemens Ronnefeld gekürzt und ergänzt von ● wsh

### Antwort aus Brüssel

auf einen Brief mit dem FreiRaum-Bericht über die Radtour Global Zero Now:

Wie schon bei unserem Treffen im Juni dargelegt, darf ich Ihnen versichern, dass die Bundesregierung sich im Bündnis und gegenüber den amerikanischen Verbündeten weiterhin für den Abzug der in Deutschland verbliebenen Atomwaffen engagiert.

Die Bundesregierung hat deshalb die Frage der Ausgestaltung der nuklearen Teilhabe und der Schaffung der Voraussetzungen für eine reduzierte Bedeutung von Nuklearwaffen im Bündnisrahmen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. So enthält das im November 2010 verabschiedete neue Strategische Konzept der Allianz dank des Engagements der Bundesregierung klare Aussagen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Prinzip der Sicherheit »u. a. auf dem niedrigst-möglichen Streitkräfteniveau« bekräftigt wurde ebenso, wie das Ziel, Voraussetzungen für eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen. (Neues Strategisches Konzept Paragraf 26). (...)

In der in Chicago von den Staats- und Regierungschefs der NATO veröffentlichten »Überprüfung des NATO-Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs« sind substantielle Aussagen zu den Kernanliegen der Bundesregierung enthalten, wie die (...) Transparenzmaßnahmen gegenüber Russland im Bereich strategischer Nuklearwaffen sowie die notwendige Anpassung der NATO-Erklärungs-politik an die negativen Sicherheitsgarantien der Nuklearmächte. Diese Anliegen konnten wir im Verhandlungsprozess erfolgreich durchsetzen.

Insofern sind die Gipfelergebnisse in Chicago ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht das Ende bündnisinterner Diskussionen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aufgrund des Konsensprinzips diese zunächst vertraulich geführt werden. (...) Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie ich selbst werden uns weiter beharrlich dafür einsetzen, die Voraussetzungen für die weitere Reduzierung der in Europa stationierten Atomwaffen zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

*Martin Erdmann*  
Martin Erdmann

**BERRAK****MANUELA****MOO KIM****SIMONA****INTERNATIONALES WORKCAMP UNTERWEGS FÜR DEN FRIEDEN****Zum Anti-Kriegstag nach Aalen und zum**

**Zehn junge Menschen waren dieses Jahr wieder zum Workcamp in der Pressehütte. Sie beteiligten sich auch an Aktionen.**

1. September 2012: Lautes Kreischen ertönt auf dem Marktplatz von Aalen, auf dem der Wochenmarkt in vollem Gange ist. Dann fallen die sieben Jugendlichen unter den DGB-Sonnenschirmen auf den Boden und für einen kurzen Moment ist es still. Als sie aufstehen, halten Sie die Atom-Zeichen in die Luft und singen gemeinsam. Drei weitere halten ein selbstgebasteltes Plakat in die Höhe: »Für eine Zukunft ohne Atomwaffen« steht in verschiedenen Sprachen darauf.

Eine Woche lang hatten sich die TeilnehmerInnen des diesjährigen Mutlanger Friedens-Workcamps auf ihre Aktion in Aalen am Anti-Kriegstag vorbereitet. Die Jugendlichen aus acht verschiedenen Ländern wurden durch Erfahrungsberichte ehemaliger Mutlanger Friedensaktivisten an die Geschichte der Pressehütte und der Mutlanger Heide herangeführt. Gemeinsam besichtigten sie den Ort, an dem in den 80er Jahren die amerikanischen Pershing-II-Raketen stationiert waren und lernten das basisdemokratische Entscheidungsprinzip in Bezugsgruppen kennen. Auf diese Weise einigten sie sich auf eine »Die-In-Aktion« mit dem Schwerpunkt Atomwaffen, um auf die noch immer bestehende Gefahr durch Atomwaffen in der Welt und die Notwendigkeit einer kompletten nuklearen Abrüstung – eines Global Zeros – aufmerksam zu machen.

»Zuerst war ich ein bisschen schüchtern, aber dann hat es wirklich Spaß gemacht«, sagt MOO KIM aus Südkorea. SIMONA aus der Tschechischen Republik fand besonders die Planung und die Arbeit im Team bereichernd. »Schade nur, dass alles in fünf Minuten vorbei war, obwohl wir dafür so viel vorher gearbeitet haben«, meint BERRAK aus der Türkei. Alle TeilnehmerInnen waren zum ersten Mal an einer politischen öffentlichen Aktion beteiligt, die meisten sogar zum ersten Mal auf einer Demonstration.

Am Montag, dem 3. September ging es dann gleich weiter mit politischem Engagement. Die Gruppe fuhr gemeinsam nach Oberdorf, um dem Konzert der »Lebenslaute« beizuwohnen, einem Protestorchester, das sich in den 80er-Jahren in Mutlangen gegründet hat und seitdem jedes Jahr ein Konzert an unkonventionellen Orten abhält, um auf Missstände aufmerksam zu machen.

In Oberdorf musizierten sie dieses Jahr vor den Toren von HECKLER&KOCH, der »tödlichsten Fabrik Deutschlands«, wie es in der Auftaktrede hieß. Auch wenn die meisten der Workcamp-TeilnehmerInnen von den deutschen Performances nichts verstehen konnten, gefielen ihnen die vielfältige Musik und die außergewöhnliche Protestform sehr. Viele wollen sich auch nach dem Workcamp mehr mit internationaler Politik und dem Thema Atomwaffen beschäftigen.

**AM TOLLSTEN WAREN DIE ESEL**

Neben den politischen Aktionen, die den Mittelpunkt des Workcamps bildeten, hatten die TeilnehmerInnen auch einen festen Arbeitsplatz in der Waldorfschule in Schwäbisch Gmünd, wo sie jeden Tag dem Gartenbaulehrer ALBRECHT BOXRIKER auf dem großen Gartengrundstück zur Hand gingen. Die tägliche Herstellung des aus eigens gesammelten Äpfeln gewonnenen Apfelsafts und selbstgemachtes Basilikum-Pesto gehörte nach kurzer Zeit zum Alltag und wurde von anderen Arbeiten, wie dem Bauen eines Zauns auf der Weide ergänzt.

Das Highlight waren jedoch die neu gekauften Esel, Paul und Sophie. »Ich habe vorher noch nie einen Esel gesehen. Das war wirklich spannend«, sagt der 24-jährige Moo. »Ich habe viel gelernt in der Waldorfschule. Albrecht war immer sehr geduldig mit uns«, findet MIREIA »Das Pesto werde ich auch zu Hause mal machen. Ich fand das Selbermachen fantastisch«, sagt MANUELA aus Taiwan »und werde mich auch ganz sicher an die Esel und Kühe erinnern.«

**BERRAK (19), TÜRKEI**

*»Zwei Wochen mit neuen Erfahrungen, liebenswerten Menschen, vielen Brainstorms und unvergesslichen Momenten. Einfach wunderbar!«*

**MANUELA (20), TAIWAN**

*»Ich habe in diesem Workcamp viel gelernt. Wir sind einfach wie eine Familie. Schöne Erfahrung in Mutlangen!«*

**SIMONA (19), TSCHECHISCHE REPUBLIK**

*»Ich hatte eine tolle Zeit mit Menschen aus aller Welt in unserer Gruppe.«*

**MOO KIM (24), SÜDKOREA**

*»Dieses Workcamp ist absolut aufregend. Ich habe viel über Atomwaffen gelernt.«*

# Lebenslaute-Konzert nach Oberdorf

Auch eine Rundführung durch die Waldorfschule bekamen die Workcamp ArbeiterInnen und waren fasziniert von den handwerklichen Schwerpunkten, wie dem Tischlern, Goldschmieden und Buchbinden. »Obwohl ich schon einiges über das Waldorfschulkonzept wusste, haben mir Albrechts Erzählungen einen neuen Einblick ermöglicht«, sagt auch Teamerin ANN-KATHRIN.

## KULINARISCHE WELTREISE

In der übrigen freien Zeit konnten die TeilnehmerInnen die nähere Umgebung kennenlernen und erkundeten mit Ausflügen nach Stuttgart, Aalen, Lorch und einer längeren Wanderung in den Dreikaiserbergen den Ostalbkreis. Für Aufsehen sorgten die kleinen Häuser und die Berge, sowie die schönen, alten Städte und Gebäude. Einige nutzten auch die Zeit, um mithilfe der beiden deutschen Teamerinnen aus Berlin ihre Deutschkenntnisse zu verbessern.

»Das Workcamp hat mich dazu angeregt, mein Deutsch komplett aufzufrischen«, sagt NATASHA aus Russland. Sie will sich auch in Russland wieder mehr mit der Sprache auseinandersetzen. Aber auch die anderen Kulturen wurden diskutiert. Die Teamerinnen Juliane und Ann-Kathrin hatten Spiele zu Toleranzbildung und Kulturaustausch vorbereitet, die von den TeilnehmerInnen begeistert angenommen wurden. »Ich fand es toll, den anderen Taiwan näherzubringen, obwohl es viele zuerst mit Thailand verwechselten«, lacht die 20-jährige MANUELA.

Täglich wurde eine andere traditionelle Mahlzeit von den kochbegeisterten Jugendlichen zubereitet, sodass jede Woche eine kulinarische Reise darstellte, die von den abendlichen Länderpräsentationen ergänzt wurde. »Am beeindruckendsten waren für mich die beiden Präsentationen über Südkorea und Taiwan gegen Ende des Camps, da die beiden Länder für mich einfach bisher am fremdesten waren.

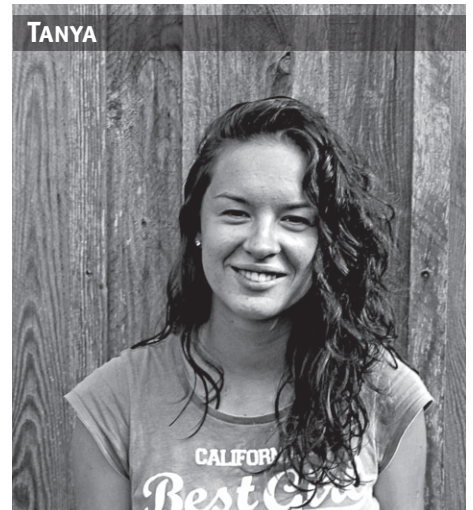
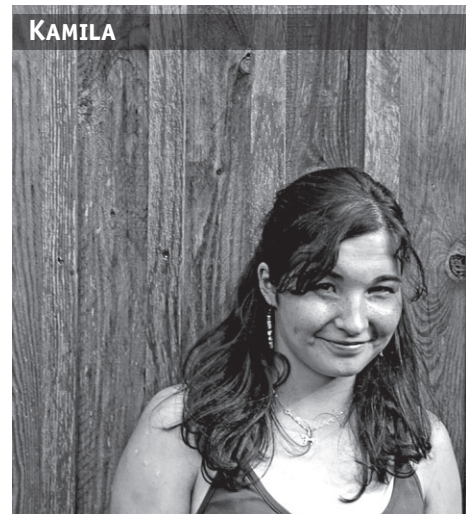
Generell fand ich aber alle Vorträge überraschend und interessant, weil man statt eines faktenbasierten Schulvortrags individuelle Erfahrungsberichte hören konnte, die gleichzeitig etwas über das Land und die Personen aussagen«, resümiert Juliane, die Teamerin. Gemeinsam mit ihrer Kommilitonin Ann-Kathrin stellte sie gegen Ende des Camps auch Deutschland und insbesondere die Stadt Berlin für die TeilnehmerInnen vor. »Im Laufe der zwei Wochen konnte ich einige Vorurteile über Deutschland abbauen«, sagt KAMILA aus der Tschechischen Republik. »Das Workcamp ist ein toller Ort, um Leute aus aller Welt kennenzulernen und sich über Gewohnheiten, Sprachen und Lebensweisen auszutauschen.« Auch MIREIA aus Spanien meint: »Ich habe durch unsere Gespräche eine Menge über unterschiedliche Lebensweisen gelernt und festgestellt, dass wir alle ziemlich ähnlich und gleichzeitig unterschiedlich sein können.« Sie will mehr internationale Erfahrungen sammeln und hat sich auch vorgenommen, wieder mehr Zeitung zu lesen.

Am Ende der zwei Wochen fällt das Abschiednehmen schwer. Zum Abschiedessen sind sie bei ihren Mutlanger UnterstützerInnen zum Maultaschenessen eingeladen. Die TeilnehmerInnen sind sich einig: »Wir hatten eine super Zeit zusammen und werden die zwei Wochen in Mutlangen nicht vergessen.«

## Let's stay in touch!

- Ann-Kathrin Rothermel
- Juliane Czech

*Wir danken unseren UnterstützerInnen vor Ort, die sich immer bemüht haben, uns alles Erdenkliche zu ermöglichen und deren Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft uns und unsere TeilnehmerInnen nachhaltig begeistert hat.*



### NATASHA (25), RUSSLAND

»Das Leben im Workcamp ist voller Aufregung und Spaß.«

### MIREIA (22), SPANIEN

»Vielen Dank, denn diese Wochen in Mutlangen waren eine Erfahrung, an die ich mich definitiv erinnern werde. Super Leute, super Atmosphäre, eine super Zeit!«

### KAMILA (23), TSCHECHISCHE REPUBLIK

»Unvergessliche Erfahrung! Danke!«

### TANYA (19), RUSSLAND

»Ich habe die zwei Wochen im Workcamp sehr genossen.«

## Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne  
 Atom- und Uranwaffen.  
 Für die friedliche Nutzung  
 des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber:

Pressehütte Mutlangen  
 Friedens- und Begegnungsstätte  
 Mutlangen e.V.  
 Forststraße 3  
 73557 Mutlangen  
 Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
 www.pressehuette.de  
 post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement:  
 Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und  
 Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
 ist der Bezug im Mitglieds-  
 beitrags enthalten.

Bankverbindungen:

nur für Abo-Gebühren:  
 Friedens- und Begegnungsstätte –  
 FreiRaum  
 Raiffeisenbank Mutlangen  
 BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

**für steuerabzugsfähige Spenden:**  
 Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
 Kreissparkasse Ostalb  
 BLZ 614 500 50, Konto: 800268499  
 Stichwort: Spende FreiRaum  
 Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:

V.i.S.d.P.  
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)  
 Tel. 0 71 71 - 18 20 58  
 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
 Beiträge geben nicht unbedingt  
 die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout:

Michael Heidinger Graphic Design  
 www.michael-heidinger.com

Druck:

UWS-Druck und Papier GmbH  
 70184 Stuttgart,  
 Telefon (07 11) 46 30 05  
 mail@uws-druck.de

## Termine

### 25 JAHRE INF-VERTRAG

Geplant ist am ersten Novemberwochenende eine Veranstaltung mit Zeitzeugen in Berlin, anschließend Besuche der historischen Orte. Mehr Infos demnächst auf unserer Homepage.

### 5. NOVEMBER 2012, 19:00 UHR

Volkshochschule Leonberg: Vortrag „Atomwaffen in Deutschland – wie lange noch?“ Wolfgang Schlupp-Hauck

### 19. NOVEMBER 2012

Brettener Friedenstage, Ausstellungseröffnung, Rathaus Bretten, www.bretten.de

### 11. - 21. NOVEMBER 2012

Ökumenische Friedensdekade: Mutig für Menschenwürde: Schwäbisch Gmünd, Kloster der Franziskanerinnen, 19:00 Uhr Gottesdienst zum Bußtag, 20:00 Uhr Vortrag »Sudan - ein Land im Aufbruch«, Julia Kramer

### 21. NOVEMBER 2012, BONN: DEUTSCHES TREFFEN DER MAYORS FOR PEACE

Das Treffen der Mayors for Peace schließt sich an die Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas an und richtet sich an Bürgermeister und Ratsmitglieder. Gastredner in diesem Jahr ist der Träger des Alternativen Nobelpreises und Begründer des

Parlamentarischen Netzwerks für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung, PNND, Alyn Ware. Info unter: [mayorsforpeace@hannover-stadt.de](mailto:mayorsforpeace@hannover-stadt.de)  
 Paul Burkhard Schneider  
**Ermutigen Sie Ihren Bürgermeister, sich für das Treffen anzumelden oder einen Vertreter aus dem Gemeinderat zu entsenden.**

### TELEFONKONFERENZEN MIT BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Der FreiRaum bietet Ihnen die Möglichkeit, mit Bundestagsabgeordneten zum Thema nukleare Abrüstung zu telefonieren:

29. Oktober um 18:00 Uhr mit Roderich Kiesewetter, abrüstungspolitischer Sprecher der Union.  
 30. Oktober um 12:00 Uhr mit Agnieszka Brugger, abrüstungspolitische Sprecherin Bündnis 90 / Die Grünen.

Melden Sie sich möglichst drei Tage vor der Telefonkonferenz an: [redaktion@pressehuette.de](mailto:redaktion@pressehuette.de) oder Telefon (071 71) 7 56 61. Sie erhalten dann die Einwahldaten. Weitere Abgeordnete sind angefragt. Die Termine erfahren Sie auf der Homepage: [www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de)

Unterstützen Sie unsere Friedensarbeit mit einer Spende!

